

Die Krise des kleinen Drachens

Vietnams Arbeiter gehen auf die Straße

Mitte 2008 verzeichnete Vietnam mit 27 Prozent die höchste Inflationsrate seit der Rekordmarke von 67 Prozent im Jahr 1991, fünf Jahre nach der Einführung des ökonomischen Reformprogramms *Doi Moi*. Der enorme Anstieg der Lebenshaltungskosten, ausgelöst durch die Inflation, traf weite Bevölkerungsschichten.

Sandra Kurfürst

So kam es bei Nahrungsmitteln zu einem Preisanstieg von 72 Prozent und bei Wohnkosten um 25 Prozent. Im Sommer 2008 wurde die Inflationsspirale noch einmal durch die Aufhebung der lang gewährten staatlichen Subventionen für Treibstoff aufgeheizt. Damit waren die Auswirkungen der Krise in Vietnam schon weitaus früher spürbar als in anderen Ländern der Welt. Zwar stehen die hohen Inflationsraten in einem engen Zusammenhang mit der globalen Finanzkrise – wie dem weltweiten Preisanstieg von Nahrungsmitteln und Ölprodukten –, allerdings lassen sie sich nicht alleine auf globale Prozesse zurückführen. Bergstermann und Neubert nennen dafür folgende Gründe: Zum einen ist

Vietnam weitaus weniger in den globalen Finanzmarkt integriert als andere Länder. Zum anderen ist Vietnam sowohl Nettoexporteur von Lebensmitteln als auch von Rohöl. Die beiden Autoren verweisen stattdessen auf die der vietnamesischen Volkswirtschaft immanenten Probleme als Ursachen der Inflation. Dazu zählen ein extrem hohes Handelsbilanzdefizit, hohe Auslandsinvestitionen, Schwächen im nationalen Finanzsystem, eine an den US-Dollar gekoppelte Währung sowie ein Mangel an Devisenreserven der Zentralbank. Im

Jahr 2007 machten Investitionen in Form von ausländischen Direktinvestitionen und Überweisungen von Auslandsvietnamesen ca. 30 Prozent des BIP aus. Da langfristige Investitionsmöglichkeiten fehlten, wurde das Geld kurzfristig in den ohnehin schon überhitzten Immobilienmarkt investiert, wodurch gerade in den urbanen Zentren Ho Chi Minh Stadt und Hanoi die Preise explodierten. Die geringe Sparquote sorgte zusätzlich dafür, dass Vietnam zunehmend von Auslandsinvestitionen abhängig wurde. Durch den Beitritt zur World Trade Organization (WTO) im Jahr 2007 war Vietnam gezwungen, seine Einfuhrzölle zu senken. Seitdem übersteigen die Importe die Exporte. Dies wiederum führte zu einer Erhöhung des vietnamesischen Handelsbilanzdefizits. Weiterhin weist der Ostasiatische Verein auf eine laxe Kreditvergabepraxis ohne gleichzeitiges Risikomanagement sowie die starke Überbewertung des vietnamesischen Dong gegenüber dem US-Dollar hin. Die erste Reaktion des vietnamesischen Staates auf die anhaltende Inflation bestand im Schnüren eines Konjunkturpakets in Höhe von einer Milliarde US-Dollar Anfang des Jahres 2009. Einzelne staatliche Maßnahmen beinhalteten die günstige Vergabe von Krediten an Unternehmen, die Aussetzung staatlicher Investitionsprojekte sowie die Abwertung des Dong gegenüber dem US-Dollar. Für den Zeitraum 2010-2011 wird derzeit eine durchschnittliche Inflationsrate von 10,1 Prozent prognostiziert.

Interessant ist nun die Frage, wie die Bevölkerung insbesondere auf die erhöhten Lebenshaltungskosten reagierte.

Lebenshaltungskosten steigen ins Unermessliche

Die Folgen der Krise machen sich vor allem in den Industriezonen Vietnams bemerkbar. Im Rahmen der exportorientierten Industrialisierungsstrategie wurden überwiegend im Umkreis der Ballungsgebiete Hanoi und Ho Chi Minh Stadt neue Industriezonen geschaffen. Während die Industriezonen im Norden



Die Autorin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Südasienskunde der Universität Passau. Sie promoviert zur Urbanismusforschung und der sozioökonomischen Transformation Vietnams.

seit der Erweiterung der administrativen Grenzen Hanois im August 2008 zum größten Teil zum Stadtgebiet Hanois zählen, verteilt sich das ökonomische Potential im Süden auf Ho Chi Minh Stadt und die Nachbarprovinzen Dong Nai und Binh Duong. In Zentralvietnam spielt die drittgrößte Stadt Vietnams Da Nang eine wesentliche Rolle bei der Exportproduktion. Eine große Zahl der Arbeiter stammt nicht aus den Provinzen selber, sondern migriert aufgrund der besseren Verdienstmöglichkeiten in die Industriezonen. Dort angekommen, müssen sie sich eine Unterkunft mieten. Oft teilen sich mehrere Arbeiter ein Zimmer, um die Unterhaltskosten so gering wie möglich zu halten, und den Hauptteil des Lohns zurück an den Heimatort zur Familie schicken zu können.

In diesen Industriezonen kam es im Zuge der Krise vermehrt zu Arbeitsstreiks. Besonders betroffen von den Protesten sind ausländische Produktionsstätten. Während Vietnam im Jahr 2007 541 Streiks verzeichnete, waren es im Jahr 2008 um die 762 Streiks. Zum Vergleich: Im Zeitraum von 1995 bis 2006 wurden insgesamt 1.000 Proteste registriert. Grund für die Niederlegung der Arbeit sind stagnierende Löhne, welche nicht an die steigenden Inflationsraten angepasst werden.



Plötzlich ist es vielen Arbeitern nicht mehr möglich, von ihrem ohnehin schon geringen Lohn auch ihre Lebenshaltungskosten vor Ort zu decken. Im April 2008 musste die Nike Fabrik in der südlichen Provinz Long An für mehrere Tage schließen, da über 17.000 Arbeiter eine Erhöhung der Löhne um 22 Prozent forderten. Nachdem die Gewerkschaftsvertreter mit der taiwanesischen Unternehmensleitung eine Lohnerhöhung von zehn Prozent ausgehandelt hatten, wurde die Arbeit zunächst wieder aufgenommen, laut Medienberichten kam es jedoch kurze Zeit später zu gewalttätigen Zwischenfällen und die Fabrik wurde vorerst wieder geschlossen. Währenddessen bezogen Arbeiter Stellung vor dem Fabrikgelände und forderten durch das Verteilen von Flugblättern die Erhöhung ihres Gehalts. Ähnliche Forderungen wurden von 7.000 Angestellten einer taiwanesischen Schuhfabrik laut. Die Golden Star Footwear Company in der nördlichen Hafenstadt Hai Phong fertigt ausschließlich Schuhe für den Export. Zu ihren Auftraggebern zählen globale Marken wie Prada oder Timberland. Viele der Angestellten arbeiten ca. 13 Stunden am Tag bei einem Verdienst von 900.000 Dong (56 US-Dollar) im Monat. In Anbetracht der steigenden Inflation verlangten Arbeitnehmer auch hier eine Anhebung der

Löhne um 200.000 Dong (zwölf US-Dollar) sowie eine Verringerung der täglichen Arbeitszeit. Das Unternehmen war aber lediglich bereit, eine Erhöhung von 100.000 Dong (sechs US-Dollar) zuzusagen. Als daraufhin die Proteste weiter anhielten, schaltete sich schließlich die Arbeitsverwaltung der Stadt ein, um zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu vermitteln.

Auch im Jahr 2009 kam es vermehrt zu Arbeitsstreiks. Allein im August vergangenen Jahres wurden 16 Streiks registriert. Die meisten davon fanden im Süden Vietnams in den Provinzen Dong Nai, Bing Duong und Ho Chi Minh Stadt sowie in der nördlichen Hafenstadt Hai Phong statt. Auch im Jahr 2010 dauerte die Streikwelle weiter an. Anfang April demonstrierten mehrere tausend Arbeiter der taiwanesischen Schuhfabrik Pouchen Vietnam Co. in der Provinz Dong Nai für höhere Löhne und eine bessere Verpflegung während der Arbeitszeit. Sie verliehen ihren Forderungen Nachdruck, indem sie den National Highway No. 1, Vietnams Hauptverkehrsschlagader, besetzten. Darüber hinaus kam es zu gewalttätigen Übergriffen auf Arbeiter, die sich nicht am Streik beteiligten. Medienberichten zufolge wurden Streikverweigerer von ihren Kollegen mit Shrimppaste und Schweineblutpudding beworfen.

Arbeiter organisieren sich zunehmend

Die anhaltende Zahl der Streiks zeigt, dass sich Arbeiter mehr und mehr organisieren, um ihre Rechte zu artikulieren. Von der Regierung werden die Streiks mit Unbehagen wahrgenommen. Da sich die spontanen Arbeitsniederlegungen vor allem gegen ausländische Investoren richten, werden die Proteste nicht so sehr als eine innenpolitische, sondern vielmehr als eine außenpolitische Angelegenheit betrachtet. Die Streiks wirken sich negativ auf das Investitionsklima in Vietnam aus. Insbesondere Vietnams ostasiatische Nachbarn Südkorea, Taiwan, Japan, aber auch Singapur, sehen die Streiks als Gefahr für ihre Investitionen. Aus diesem Grund forderten sie bereits die vietnamesische Regierung dazu auf, Gegenmaßnahmen einzuleiten. Dabei drohten sie mit dem Abzug von Direktinvestitionen. Der Staat, bemüht um Vietnams guten Ruf als Anbieter von billigen Arbeitskräften, reagierte umgehend mit der Verabschiedung eines neuen Dekrets. Dieses sieht im Falle von illegal organisierten Streiks die Entschädigung des Arbeitgebers durch die Arbeitnehmer vor. Nach vietnamesischem Arbeitsrecht dürfen Streiks nur unter der Leitung der Gewerkschaft organisiert



werden. Da die Gewerkschaft jedoch zu den vietnamesischen Massenorganisationen zählt, ist der Grad der staatlichen Kontrolle sehr hoch. Von Arbeitern selbstorganisierte Proteste gelten somit als illegal. Vor diesem Hintergrund ist es Arbeitern nahezu unmöglich, ihre Rechte auf legalem Wege einzuklagen.

Auch wenn die Politik des Staates weitere Streiks verhindern kann, so kann sie doch nicht die individuelle Entscheidung von Arbeitern beeinflussen, sich einen neuen Arbeitsplatz zu suchen.

in Höhe eines halben Monatsgehalts für eine pünktliche Rückkehr zum Arbeitsplatz an. Andere Firmen erhöhten das Einstiegsgehalt von ca. 75 US-Dollar im Monat auf 100 US-Dollar im Monat oder zahlten Boni von elf US-Dollar an Angestellte, die neue Arbeitskräfte rekrutierten.

Es zeigt sich also, dass durch die zunehmende Integration Vietnams in den Weltmarkt sowohl Vietnams Regierung als auch die Bevölkerung vor neue Herausforderungen gestellt werden. Insbesondere



Streikende blockieren den National Highway No. 1.

Quelle: VietNamNet v. 06.04.2010

Im Februar 2010 kehrten viele der Arbeiter nach Tet, dem vietnamesischen Neujahrsfest, nicht mehr an ihren Arbeitsplatz in den Industriezonen des Südens zurück. In Binh Duong nahmen von 380.000 Arbeitern 20.000 ihre Arbeit nach Tet nicht wieder auf. Traditionell reist man zum Neujahrsfest in die Heimat, um dort die Feiertage im Kreise der Familie zu verbringen. Viele der Arbeiter in den südlichen Industriezonen stammen aus Zentral- und Nordvietnam und waren dorthin zurückgereist. Aufgrund der gestiegenen Kosten für Miete und Verpflegung im Süden sahen sie nach Neujahr keinen Grund mehr, an ihren Arbeitsplatz zurückzukehren. Stattdessen suchten sie in den Industriezonen in der Nähe ihres Heimatortes eine Anstellung. Die ökonomischen Anreize dort sind deutlich höher. Zum einen sind die Lebenshaltungskosten geringer als in den etablierten ökonomischen Zentren des Südens. Zum anderen werden durch die Nähe zur Familie etwaig anfallende Kosten, wie Fahrtkosten, reduziert. Für die Unternehmen der Schuh-, Textil- und Verarbeitungsindustrie hat dies verheerende Folgen. Aufgrund des Mangels an Arbeitskräften kam es bereits zu Produktionsengpässen. Aus diesem Grund haben diverse Firmen versucht, Anreize für die Rückkehr ihrer Angestellten zu schaffen. Einige Unternehmen boten kostenfreie Fahrten in die Heimatprovinzen oder Zusatzgehälter

die lang ersehnte Aufnahme in die WTO im Januar 2007 hat drastische Folgen für einheimische Produzenten und Arbeitnehmer. Das hohe Handelsbilanzdefizit ist nicht zuletzt auf die von der WTO geforderte Reduktion der Einfuhrzölle zurückzuführen. Zudem steht Vietnam weiterhin unter dem Druck, Garant für günstige Arbeitskräfte zu sein, gerade um mit dem großen Nachbarn China um ausländische Direktinvestitionen konkurrieren zu können. Sobald jedoch Forderungen nach Lohnerhöhungen laut werden, drohen ausländische Investoren mit dem Abzug von Investitionen und Standortverlagerung. Die vietnamesische Regierung hat eine schmale Gradwanderung zu vollziehen: Während Arbeiter ohne eine Lohnanpassung ihre Existenzgrundlage verlieren, büßt Vietnam seine starke Position im weltweiten Wettbewerb um Direktinvestitionen ein, wenn es weiterhin Streiks duldet.

Eine Fassung des Artikels mit ausführlicher Literaturangabe ist bald auf den **südostasien**-Seiten unserer Homepage unter <http://asienhaus.de/suedostasien-neu> zu finden.

